



## KOLUMNE der DFG

19. März 2024

### Das Weimarer Dreieck

Die heutige Kolumne beschäftigt sich mit einem besonderen Aspekt deutsch-französischer Zusammenarbeit, nämlich ihrer Ausweitung auf das östliche Nachbarland Polen. Die Außenminister der drei Länder trafen sich - nicht von ungefähr am 28. August 1991, dem Geburtstag Goethes – an dessen Wirkungsstätte im thüringischen Weimar zur Gründung eines losen außenpolitischen Gesprächs- und Konsultationsforums der drei Staaten. Damit sollte Politik abgestimmt und die europäische Integration gestärkt werden, ohne andere Staaten auszuschließen. Neben dem politisch-diplomatischen Dialog sollte auch die regionale und kulturelle Zusammenarbeit in den Blick genommen werden.

Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski verabschiedeten eine 10 Punkte umfassende „Gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas“, in der es u.a. heißt: „Europa steht an einem historischen Wendepunkt seiner Geschichte. Seine Völker und Staaten haben den Weg zu neuen Formen des Zusammenlebens beschritten. Wir sind uns bewusst, dass für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft Polen, Deutsche und Franzosen maßgebliche Verantwortung tragen“.

In diesem Sinne sollten Polen und die anderen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten aus dem früheren Einflussbereich der Sowjetunion an die Europäische Gemeinschaft herangeführt werden. Historische Wegmarken in diesem Prozess waren die Aufnahme Polens und weiterer Staaten der Region in die NATO im Jahre 1999 und vor allem in die Europäische Union 2004. Seither ist das Dreieck ein

wichtiges Gesprächsforum zu europapolitischen Fragen. Seit 1998 wurden die in der Gründungserklärung vorgesehenen jährlichen Treffen der Außenminister um Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und Treffen von Fachministern ergänzt, die sich in der Folge mehr oder weniger regelmäßig zu informellen Gesprächen meist außerhalb der Hauptstädte trafen. 2006 bezweifelte aber der polnische Staatspräsident Kaczynski den Sinn dieser Treffen, da sie nach seiner Auffassung keine konkreten Ergebnisse zeitigten hätten. Zwar sprach sich der neu gewählte liberale Ministerpräsident Polens Tusk 2007 in seiner ersten Regierungserklärung dafür aus, das trilaterale Forum wiederzubeleben; dennoch gab es, nicht zuletzt nach dem Wahlsieg der nationalistisch-populistischen PiS Partei, nach dem Treffen von 2011 in Warschau für lange Zeit keines mehr auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Erst der völkerrechtswidrige Angriff Russlands gegen die Ukraine war erneuter Anlass für ein Treffen der Präsidenten Macron und Duda mit Bundeskanzler Scholz in Berlin am 8. Februar 2022. In einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen sie ihr gemeinsames Engagement für die europäische und transatlantische Sicherheitsarchitektur. Am 12. Juni 2023 trafen sie sich erneut in Paris, um über den Krieg in der Ukraine und deren stärkere Einbindung in die NATO zu beraten.

13 Jahre zuvor hatte man noch gehofft, Russland stärker involvieren zu können. So nahm etwa der russische Außenminister (damals wie heute Sergei Lawrow) an einem trilateralen Treffen der Außenminister teil. Am 21.2.2014 trafen sich die drei Außenminister in Kiew mit dem ukrainischen Staatspräsidenten, im März 2014 besprachen die Außenminister Fabius, Sikorski und Steinmeier die durch Russlands völkerrechtswidriges Vorgehen

gegen die Ukraine geschaffene Lage. Am 10.9. 2021 würdigten die drei Außenminister Le Drian, Rau und Maas die Arbeit des Dreiecks anlässlich seines 30. Jubiläums. Das jüngste Treffen schließlich fand zwischen dem neu ernannten französischen Außenminister Stephane Séjourné, dem erneut zum Außenminister berufenen Radoslaw Sikorski und Annalena Baerbock im französischen La Celle-Saint-Cloud bei Paris statt, wo man sich mit den russischen Cyberangriffen gegen den Westen befasste und einen gemeinsamen Warnmechanismus beschloss.

Das Weimarer Dreieck gilt als „ein intelligentes Instrument zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa“, so Stephen Bastos von der Stiftung Genshagen bei einer Diskussion auf dem Europapodium 2024. Das war zweifellos in den ersten Jahren nach seiner Gründung der Fall, als es vor allem um die Neugestaltung Europas nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging. Damals wuchs dem informellen Gesprächsforum erhebliche politische Bedeutung zu; zunächst bei der Integration Polens und weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten in die NATO und die EU und dann wieder in jüngster Zeit in der Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Dazwischen gab es aber Krisen im Verhältnis der drei Länder zueinander. Die Wahlerfolge der PiS-Partei führten zu Vertrauensverlusten bei den beiden anderen Partnern. Insbesondere das Verhältnis zu Frankreich wurde nach 2015 schwierig. Macrons Vermittlungsversuche bei Putin wurden in Polen kritisch gesehen. Auch im Verhältnis zu Deutschland gab es Irritationen. Das galt für die immer schriller werdende Polemik des Führers der Partei Kaczinski gegen Deutschland und die Deutschen. Kritisiert wurde aber auch die langjährige enge Zusammenarbeit mit Russland in Sicherheitsfragen, vor allem aber in der Energiepolitik. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine änderten sich aber die Parameter. Sowohl Deutschland als auch Frankreich stellten sich trotz unterschiedlicher Positionen in einzelnen Fragen zusammen mit Polen auf die Seite der Ukraine. Die jüngste Niederlage der PiS bei den Parlamentswahlen und die Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine pro-europäische Koalition unter MP Tusk haben den Weg Polens zu einer Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit eröffnet und wieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der drei Staaten

ermöglicht. Gleichwohl bleibt die Lage problematisch, weil der von der PiS ins Amt gebrachte Staatspräsident Duda noch weit über ein Jahr im Amt sein wird und so manches Vorhaben der Regierung erschweren dürfte.

Hilfreich für eine Wiederherstellung und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens dürfte sein, dass sich über die Jahre eine bedeutende Zusammenarbeit etwa im kommunalen Bereich über zahlreiche Städtepartnerschaften oder im Hochschulbereich entwickelt hat. Projekte der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder, der Europa-Master der Universitäten Mainz, Dijon und Opole gehören ebenso dazu wie der Austausch von Studenten über das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Die zahlreichen Organisationen, die sich um diese Initiative herum gebildet haben, wie etwa das 2002 ins Leben gerufene Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V. oder der 2010 gegründete Verein Weimarer Dreieck e.V. und die Stiftung Genshagen mit ihrem Weimarer-Dreieck-Portal sind geeignet, die von den Populisten um Kaczinski verursachte Spaltung der polnischen Bevölkerung zu überwinden und die Bemühungen der neuen Regierung um Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit zivilgesellschaftlich zu unterstützen.

Der „Zeit“ sagte die amtierende deutsche Außenministerin, das Weimarer Dreieck könne „mehr denn je in seiner 30-jährigen Geschichte Kraftzentrum und Ideenschmied“ für ein „starkes, widerstandsfähiges Europa in stürmischen Zeiten“ sein: „Uns eint in Paris, Warschau und Berlin die tiefe Überzeugung, dass europäische Antworten die besseren Antworten sind.“

**Dr. Rainald Steck**

**Vizepräsident**